

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt während seiner Ansprache am Parteitag 1984 der Fortschrittlichen Bürgerpartei im Triesenberger Dorfsaal. (Bild: Eddy Risch)

## Landtag: Rechenschaftsbericht im Mittelpunkt

Regierung zieht Vorlage über Entwicklungsdienst zurück - Landesrechnung 1983 genehmigt

Nachdem der Landtag am Donnerstag vormittag - wie bereits berichtet - das Gesetz über die Parteienfinanzierung und die Einrichtung der Stellvertretung im Fürstentum verabschiedet hatte, standen in der Nachmittagsitzung vier Regierungsvorlagen in erster Lesung sowie die Erhöhung des Stiftungsvermögens der Fürst-Franz-Josef-von-Liechtenstein-Stiftung und der Verpflichtungskredit für den Um- und Erweiterungsbau des Jugendhauses Malbur auf der Tagesordnung. Die anschließende Nachtsitzung galt der Beratung der Landesrechnung und des Rechenschaftsberichtes. Und am Freitag vormittag erfolgte die Genehmigung des Geschäftsberichtes der Liechtensteinischen Kraftwerke und der Sozialanstalten sowie die Abwicklung der verschiedenen Wahlgeschäfte.

Die Änderung der Gesetze über die Arbeitslosenversicherung, die Rechtsanwälte, Rechtsagenten, und Treuhänder, über die Gerichts-, Öffentlichkeitsregister- und Grundbuchgebühren wurde in erster Lesung behandelt. Bei allen drei Vorlagen war Eintreten unbestritten, doch wurden da und dort noch weitere

Verbesserungen gefordert. Diese Änderungsvorschläge werden während der Detailberatung nochmals zur Diskussion stehen.

### Rückzug des Gesetzes über Entwicklungsdienst

Abgeordnete aus beiden Fraktionen gaben während der Eintretensdebatte zur Regierungsvorlage über die Errichtung der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst bekannt, dass sie der vorgeschlagenen Lösung nicht zustimmen könnten. Auf Ablehnung stiess vor allem die Absicht der Regierung, die bisherige Stiftung des privaten Rechts in eine öffentlich-rechtliche Stiftung umzuwandeln. Nachdem Regierungschef Hans Brunhart die Grundsätze der liechtensteinischen Entwicklungspolitik nochmals aufgezeigt hatte und sich auch mit der bisherigen Praxis auseinandersetzte, die gut in den Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Stiftung passen würde, entschloss er sich angesichts des Widerstandes des Landtags zu einer Rücknahme der Vorlage.

### Nur mehrheitliche Zustimmung für Stiftungsvermögen

Zu einer längeren Debatte Anlass gab die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Stiftungsvermögens der Fürst-Franz-Josef-von-Liechtenstein-Stiftung um 750 000 Fr. aus dem positiven Ergebnis der Landesrechnung 1983. Bemängelt wurde vor allem die Tatsache, dass bis jetzt noch keine Aktivitäten der Stiftung vorgewiesen werden konnten, obwohl aus den Erträgen der bisher mit 1 Mio. Fr. dotierten Stiftung Preise verliehen werden sollten für Verdienste um den Schutz und die Würde des menschlichen Lebens. Zu kritischen Ausserungen gab auch der Umstand Anlass, dass die Gemeinden bisher auf die von ihnen verlangte Erhöhung des Beitrages verzichtet hatten. Der Regierungsantrag erhielt schliesslich nur 11 Stimmen.

### Kredit für Jugendhaus Malbur

Der von der Regierung verlangte Verpflichtungskredit in Höhe von knapp 2 Mio. Fr. zum Um- und Ausbau des Jugendhauses Malbur wurde einstimmig genehmigt. Übereinstimmend herrschte im Plenum darüber, dass sich eine Erweiterung des Gebäudes und verschiedene Verbesserungen vorgenommen werden müssten, doch erschien die veranschlagte Summe recht hoch. Keine grosse Zustimmung erhielt der Vorschlag des FDP-Abgeordneten Armin Meier, der die Mitarbeit von Jugendlichen bei der Erweiterung und dem Umbau des Hauses angeregt hatte.

### Rechenschaftsbericht genehmigt

Die Landesrechnung 1983, die bei einem Aufwand von 2009 Mio. Fr. und einem Ertrag von 2604 Mio. Fr. und unter Einschluss von Abschreibungen von 41.2 Mio. Fr. in der laufenden Haushaltsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von 8.2 Mio. Fr. abschliesst, wurde vom Landtag einstimmig genehmigt. Die Beratung gab den Abgeordneten die Gelegenheit, sich über verschiedene Konten in der Landesrechnung zu erkundigen oder ganz generell Fragen an die Ressortinhaber der Regierung zu stellen. Als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission gab der VU-Abgeordnete Alfons Schädler einen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der Landesrechnung, während sein Fraktionskollege Georg Gstöhl vor allem auf das positive Rechnungsergebnis hinwies.

### Jahresbericht LKW und AHV

Bevor der Landtag den Bericht über die Justizpflege, der scheinbar nicht veröffentlicht wird, und den Bericht der Regierung zum Postulat betreffend die Überprüfung und Bereinigung der im Landesgesetzblatt veröffentlichten Rechtsvorschriften zur Kenntnis nahm, genehmigte er einstimmig die beiden Jahresberichte der Liechtensteinischen

Kraftwerke (LKW) und der Sozialanstalten (AHV, IV, FAK).

Auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Georg Gstöhl (VU) gab Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt zum verstehen, dass die Abhängigkeit unseres Landes von Energie-Importen tatsächlich sehr hoch sei. Ein Mittel, um diese Abhängigkeit zu verringern, ist nach seinen Worten das geplante Rheinkraftwerk. Ein Konsortialvertrag zwischen den Partnern LKW-NOK-Motor Columbus sei bereits abgeschlossen worden, damit die Fragen des Umweltschutzes, der Sicherheit und Landschaftsplanung abgeklärt werden könnten. Ausserdem fanden nach Darstellung von Hilmar Ospelt Verhandlungen über einen Vertrag zwischen Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen statt. Mit dem Aufgabeverfahren soll in den nächsten Monaten begonnen werden.

In bezug auf die Erdgasversorgung gab Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt zu verstehen, dass auch hier bereits Verhandlungen mit Vorarlberg geführt worden seien. Gespräche hätten im weiteren mit der Ruhrgas AG sowie über die Projektierung stattgefunden. Die Abklärungen über die Trägerschaft, voraussichtlich eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft unter der Leitung der LKW, würden in nächster Zeit abgeschlossen. Bei der Behandlung des AHV-Berichtes stand natürlich wiederum die Frage nach der Anlage der Gelder im Vordergrund. Wie Regierungsrat Dr. Egmond Frommelt und Regierungschef Hans Brunhart dazu ausstühten, finden Abklärungen über die weitere Anlage in Immobilien, über die Anlage in der Schweiz sowie bei den anderen liechtensteinischen Banken statt. Derzeit herrschten aber noch unterschiedliche Auffassungen zwischen der AHV und Regierung. Die AHV möchte völlige Freiheit in ihrer Anlagepolitik, während die Regierung die Anliegen der Landesbank (Hypothekenzins) mitberücksichtigen müsse.

## Schwedischer Minister besucht Liechtenstein

(paß) - Der schwedische Aussenhandelsminister Mats Hellström hält sich am 2. und 3. Juli 1984 zu einem Besuch im Fürstentum Liechtenstein auf. Der Minister trifft am Montag, 2. Juli, gegen Abend in Liechtenstein ein und ist Gast der Regierung bei einem gemeinsamen Abendessen. Am zweiten Besuchstag steht die Besichtigung der Firma Hilti AG in Schaan und ein Empfang bei Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef II. vor und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz auf dem Programm. Nach dem Mittagessen, das Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt gibt, sieht das Protokoll eine Besichtigung von Exportwaren aus den Sammlungen des Fürsten vor. Liechtenstein vor. Als Abschluss seines Besuchs trifft Aussenhandelsminister Mats Hellström zu einem Meinungsaustausch mit Regierungschef Hans Brunhart zusammen.

Keine Angst! Wir wollen nicht regieren, wir möchten nur - wie ihr Männer - mitemtscheiden.  
Wir stehen deswegen nicht weniger am Herd als bisher.

## Vielseitige Mitarbeit der FBP-Regierungsmitglieder im ersten Teil der Legislaturperiode 1982/86

Aus einem Referat von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt am ordentlichen Parteitag vom vergangenen Mittwoch

Wie in der Donnerstagsausgabe kurz gemeldet, berichtete Vize-Regierungschef Hilmar Ospelt vor dem FBP-Parteitag vom 27. Juni in Triesenberg über die Arbeit der FBP-Regierungsmitglieder im ersten Teil der Legislaturperiode 1982/86. Lesen Sie nachstehend die angekündigte, sinngemässe Zusammenfassung seiner Ausführungen zu diesem Bereich:  
Nach schwierigen, über Jahre sich hinziehenden Verhandlungen wurde im Dezember 1983 das Gesetz betreffend die Industrie- und Handelskammer, vom Landtag beschlossen, welches die umstrittene Angelegenheit einer Namensgebung aus der Welt schaffte.

Juli 1983 in Kraft getreten ist, wurde im Ressort Justiz die Verordnung dazu ausgearbeitet und im Februar 1984 von der Regierung beschlossen.

### Strafvollzugsgesetz

Das Strafvollzugsgesetz trat im Dezember 1983 in Kraft. Es war angezeigt, auch Rechtsvorschriften über den Strafvollzug zu erlassen, da es bis heute für den Vollzug von Freiheitsstrafen an einer näheren und zusammenfassenden gesetzlichen Regelung ermangelte. Eine Verordnung dazu ist im Ressort Justiz in Ausarbeitung.

Auf der morgigen Landtagsitzung sind aus dem gleichen Ressort eine Änderung des Gesetzes über Rechtsanwälte, Rechtsagenten, Treuhänder, Buchprüfer und Patentanwälte und die Beantwortung des Postulates der Überprüfung und Bereinigung der im Landesgesetzblatt veröffentlichten Rechtsvorschriften auf der Tagesordnung. Im Gesetzesentwurf werden u. a. rechtsgenügende Grundlagen für die Prüfungen dieser Berufsgruppen geschaffen und Bestimmungen festgelegt, nach denen ausländische Prüfungen und Diplome anerkannt werden. Die Postulatsbeantwortung erachtet es als notwendig, die Rechtsvorschriften einer Bereinigung zu unterziehen.

### Entwurf für neues Strafgesetz

Vor zwei Wochen wurde der Regierung der sehr umfangreiche Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch und eine Vorlage zu einem Strafrechtsanpassungsgesetz unterbreitet. Eine von der Regierung eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Alt-Regierungschef Dr. Walter Kieber hat eine immense, vorbildliche Vorarbeit geleistet. Der Landtag wird sich im Herbst mit diesen sehr bedeutenden, für unsere Rechtssicherheit äusserst wichtigen Gesetzesvorlagen zu befassen haben.

### Überarbeitung des Fremdenverkehrsgesetzes

Ebenfalls noch diesen Herbst wird dem Landtag das überarbeitete Fremdenverkehrsgesetz unterbreitet werden. Es soll im besonderen den neuen Gegebenheiten angepasst und eine gerechtere Finanzierungsregelung beinhalten.

### Öffentlicher Verkehr

Besondere Aktualität kommt angesichts der zunehmenden Umweltbelas-

stungen durch Lärm und Abgase der Erarbeitung eines generellen Konzeptes für den öffentlichen Verkehr zu. Dabei stehen Massnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Vordergrund. Bereits wurden Massnahmen in Aussicht genommen, die sich kurzfristig realisieren lassen. So wurde eine Reduktion der Taxen für Einzelbilette und Streckenabonnements sowie die Einführung eines neuen Monatsabonnements beschlossen. Man darf sich von diesen kombinierten Massnahmen erwarten, dass das öffentliche Verkehrsmittel nicht nur für die Personen, die auf das Postauto angewiesen sind, sondern auch für solche, die täglich mit dem eigenen Auto zur Arbeit fahren, attraktiv wird und das Umsteigen vom privaten Auto zum öffentlichen Verkehrsmittel erleichtert.

### Energiepolitik

Im energiewirtschaftlichen Bereich gilt das Augenmerk der Erdgasversorgung und der Rheinkraftnutzung. Das Projekt der Rheinkraftnutzung ist eine bilaterale Angelegenheit zwischen Liechtenstein und der Schweiz, so dass das Vorhaben nur in gegenseitiger Abstimmung erfolgen kann. Im Vordergrund steht bei uns die Verminderung der Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung. Diesem Anliegen kann der Rhein als eigener Energieträger dienen. Es ist unbestritten, dass die Umwelt und vor allem das Grundwasser dabei nicht zu Schaden kommen dürfen. Eine Konzessionserteilung setzt einwandfreie Abklärungen voraus, die über das Pro oder Contra eines Rheinkraftwerkes entscheiden. Ein amtsinternes Vernehmlassungsverfahren in Liechtenstein wie in der Schweiz ist durchgeführt. Es geht in naher Zukunft darum, in Absprache mit dem Kanton St. Gallen das vom Wasserrechtsgesetz geforderte Aufgabeverfahren durchzuführen.

Auch die Frage der Versorgung des Landes mit Erdgas wurde einer umfassenden Abklärung zugeführt. Die Erdgasstudie, die von der Regierung in Auftrag gegeben worden war, kommt zum Schluss, dass bei langfristiger Betrachtung eine wirtschaftlich tragfähige Basis für den Aufbau einer Erdgasversorgung in Liechtenstein wohl gegeben ist. Mit dem Land Vorarlberg wurden Verhandlungen aufgenommen. Eine grundsätzli-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Verordnungen zum Betäubungsmittelgesetz  
Zum Betäubungsmittelgesetz, das im

## OPV-Hauptversammlung am Samstag in Vaduz

Willkommgruss für unsere Kollegen aus der Schweizer Nachbarschaft

Der Ostschweizer Presseverein (OPV), der die regionale Sektion des Vereins der Schweizer Journalisten (VSI) verkörpert, hält seine diesjährige Frühlingshauptversammlung heute Samstag in Vaduz ab. Aufgrund der vorliegenden Anmeldungen ist mit einer Rekordbeteiligung von rund 130 Redaktoren, Reportern und Fotografen zu rechnen. Organisatorisch wird das regionale Journalistentreffen vom Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) mitbetreut.

Die eigentliche Hauptversammlung beginnt um 9.30 Uhr im Hotel Schlosse. Es folgt ein Empfang, den S. D. Fürst Franz Josef II. auf Schloss Vaduz gibt. Auf Wunsch der Gäste, findet anschliessend eine Besichtigung der Fürstlichen und Staatlichen Kunstsammlungen statt. Ein Mittagessen im Restaurant Torkel, an dem auch Regierungschef Hans Brunhart teilnehmen wird, beschliesst den offiziellen Teil. Zum Ausklang lädt der Verkehrsverein Vaduz die noch verbleibenden Gäste zu einem Empfang im Zusammenhang mit dem Auftakt zum Verbandsmusikfest in Vaduz ein.

Wir freuen uns auf den Besuch unserer Kolleginnen und Kollegen aus den benachbarten Schweizer Kantonen und heissen sie herzlich in Liechtenstein willkommen!